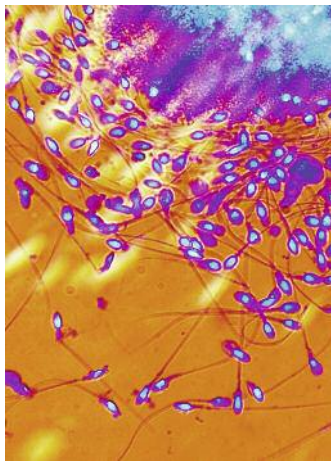


Justiz Mehr Rechte für die „Becherkinder“

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will Kindern von Leihmüttern und aus privaten Samenspenden („Becherspenden“) mehr Rechte geben. Dafür hat der Minister einen Arbeitskreis mit Juristen, Medizinethikern und Psychologen eingesetzt. In der Einladung zum „AK Abstammung“ heißt es, das jetzige Recht Sorge für „Inkonsequenzen und Wertungswidersprüche“. Es habe nur „das Familienbild männlicher Elternteil, weiblicher Elternteil und Kind vor Augen“, auf die moderne Fortpflanzungsmedizin hingegen „zum Teil keine Antwort“. Vor allem für das „Zusammenwirken“ lesbischer und schwuler Paare „zu Zeugung und anschließend gemeinsamer Erziehung eines Kindes“ sind nach Ansicht des Ministers neue rechtliche Antworten erforderlich. Nur ein Teil von Maas' Reformplänen ist im Koalitionsvertrag verankert. Zwar haben Union und SPD dort vereinbart, alle Vorschriften zu beseitigen, die



Spermien

gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechterstellen als heterosexuelle Paare, auch ein Auskunftsrecht der Kinder aus Samenspenden ist geplant. An anderer Stelle heißt es aber: „Die Leihmutter lehnen wir ab.“ ama



Verteidigung

Nato-Raketenschirm gegen Russland?

In der Nato gibt es Überlegungen, die gegen potenzielle Angriffe aus dem Nahen Osten geplante Raketabwehr auch gegen Russland auszurichten. Solche Forderungen, unterstützt von den USA, kommen aus den baltischen Mitgliedsländern und aus Polen. In den Vorbereitungen des Nato-Gipfeltreffens Ende kommender Woche hatten die vier Länder gefordert, eine entsprechende Formulierung zu beschließen; sie fühlen sich durch die russische Intervention in der Ukraine bedroht. Die Mehrheit, allen voran Deutschland, sprach sich jedoch dagegen aus, weil man Moskau nicht ohne Not provozieren solle. Schließlich habe die Nato jahrelang den Russen ver-

sichert, der Raketenschirm richte sich nicht gegen sie. Die weitere Debatte wurde auf die Zeit nach dem Nato-Gipfel verschoben. In einem anderen Punkt setzten sich die Hardliner durch: Die sogenannten Rückversicherungsmaßnahmen für Polen und das Baltikum, darunter die Stationierung von vier Kompanien und mehr Aufklärungsflüge an der Nato-Ostgrenze, sollen nicht nach einem Jahr automatisch auslaufen. Das Berliner Kanzleramt hatte gefordert, dass die militärischen Aktionen nach einem Jahr von allen Nato-Staaten erneut bestätigt werden müssen. Da die Bundesregierung am Ende mit dieser Forderung allein stand, gab sie klein bei. csc

Israel-Politik „Freiluftgefängnis“

Die Bundesregierung beurteilt die Politik Israels gegenüber den Palästinensern deutlich kritischer als verlautbart. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Stephan Steinlein, sprach bei einer vertraulichen Unterrichtung von Abgeordneten in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem Gaza-Streifen von einem „Freiluftgefängnis“. So klare Worte gab es aus der Bundesregie-

rung bislang nicht. Öffentlich hält sie sich wegen der NS-Vergangenheit mit Kritik an der israelischen Politik zurück. Die Teilblockade des Gaza-Streifens war allerdings intern im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt schon häufiger missbilligt worden.

Im Auswärtigen Amt heißt es, dass es einen Ausgleich zwischen dem legitimen Sicherheitsinteresse Israels und einer echten Lebensperspektive für die Menschen in Gaza geben müsse. ran

Visa-Affäre Neue Ermittlungen

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat im Skandal um illegal ausgestellte Visa deutscher Auslandsvertretungen (SPIEGEL 29/2013) ihre Ermittlungen ausgeweitet. Es geht um Urkundenfälschung und Betrug. Die Staatsanwälte ermitteln gegen 33 neue Verdächtige sowie gegen 3 bereits Angeklagte. Sie sollen im Zusammenhang mit der Beantragung von Visa deutsche Gehaltsbescheinigungen

FOTOS: CLEMENS BILAN / DAPD (L.O.); STOCK RM / FLOLINE (L.); THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET (M.O.); MICHAEL GOTTSCHALK / PHOTOTHEK VIA GETTY IMAGES (M.U.); ILLUSTRATION: PETRA DUFKOWA / DIE ILLUSTRATOREN / DER SPIEGEL



Schengen-Visa

gefälscht und Sozialversicherungsbeiträge erschlichen haben. Inzwischen liegen erste Ergebnisse der im Juni 2013 eingerichteten Visa-Warndatei vor. Botschaften, die Bundespolizei und Staatsanwaltschaften können darin Erkenntnisse eintragen. Nach Angaben des Bundesverwaltungsamts, das die Datenbank betreut, gab es bis Mitte Juli dieses Jahres 9014 Meldungen. Davon beziehen sich 713 auf das Generalkonsulat in der nigerianischen Stadt Lagos. Aus Dubai kamen 79 Einträge. mop

Verkehr

CDU probt Aufstand gegen die Maut

Der Widerstand gegen die Mautpläne von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) wächst. So will die NRW-Landesgruppe der Unions-Bundestagsfraktion bei ihrer Klausurtagung

am Mittwoch einen Beschluss herbeiführen, in dem sie eine Zustimmung zu Dobrindts derzeitigen Plänen ausschließt. Besonders umstritten ist, dass Dobrindt die Maut nicht für Autobahnen, sondern für alle Straßen erheben will. „Der Verkehrsminister wäre gut beraten, einen Vorschlag vorzulegen, der sich im Rahmen des Koalitionsvertrags bewegt“, sagt der Chef der NRW-Landesgruppe, Bundestagsvizepräsident Peter Hintze. „Von einem Wegezoll für alle deutschen Straßen, einer Quasi-Eintrittsgebühr an allen deutschen Grenzen, war nie die Rede.“ Mit ihrem Vorgehen will die NRW-Landesgruppe offenbar auch verhindern, dass die CSU ihre Mautpläne im kleinen Kreis der Parteichefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel festzurrt. „Die Maut darf nicht in einer Nacht der langen Messer von den drei Parteichefs mit Festlegungen, die in keinem Koalitionsvertrag stehen, einfach durchgewinkt werden“, sagt der CDU-Verkehrsexperte Oliver Wittke. mp

Terrorismus

139 deutsche Dschihadisten

Der Generalbundesanwalt und die Staatsanwaltschaften der Länder ermitteln gegen mindestens 139 mutmaßliche Dschihadisten aus Deutschland, die in die Kriege in Syrien oder Irak verwickelt sein sollen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraction hervor. Die Personen werden verdächtigt, Mitglieder oder Unterstützer von Terrorgruppen wie dem „Islamischen Staat“ zu sein oder eine „schwere staatsgefährdende Gewalttat“ auszuhecken. Insbesondere soziale Medien wie Twitter und Facebook spielten „eine zentrale Rolle für die Rekrutierung von neuen Kämpfern“, schreibt die Bundesregierung. wow

Jan Fleischhauer Der Schwarze Kanal

Unsere Russen



Die Bayern haben es auch nicht leicht. Die Seen sind so schön wie jeden Sommer, die Alpen leuchten, aber von wo auch immer die anderen Deutschen auf das Land im Süden schauen, sehen sie nur Probleme. Völlig egal, was die Weltnachrichtenlage sonst noch hergibt: Christine Haderthauer und die Maut sind dabei. Da können die Irren vom „Islamischen Staat“ noch so vielen Andersdenkenden den Kopf vom Hals säbeln, ohne die beiden bayerischen Großärgernisse kommt keine Woche aus.

Ganze Kompendien lassen sich inzwischen mit den Gegenargumenten zur Maut füllen. Überall kann man lesen, warum sie nicht nur irrsinnig kompliziert, sondern auch noch kompletter Unsinn ist, weil die zu erwartenden Einnahmen niemals ausreichen werden, Deutschlands Straßen zu sanieren. Aber den Bayern geht es ja auch gar nicht darum, Geld für kaputte Autobahnen oder Brücken lockerzumachen.

Die Maut ist dazu da, den Österreichern heimzuzahlen, dass sie sich seit Jahren auf ihren Autobahnen als Wegelagerer betätigen. Alles andere ist nur Klimbim, um die Sache in Berlin und Brüssel durchzubekommen. Anderswo mag Revanchismus als Krankheit gelten, in Bayern ist er Teil einer stolzen Tradition. Kein Wunder, dass die SPD hier kein Bein auf den Boden bekommt.

Der Bayer ist der Russe Deutschlands. Wie der Russe erinnert er die anderen daran, wie sie einmal waren, aber dank des Zivilisationsprozesses nicht mehr sind. Vieles von dem, was man sich im Rest des Landes abgewöhnt hat, ist hier noch selbstverständlich, wobei das selbstbewusste Anderssein außerhalb Bayerns verständlicherweise Indignation auslöst.

Bis heute hält sich in Bayern die Vorstellung, dass nicht jeder krumme Weg ins Gefängnis führen muss. Das protestantische Sündenverständnis hat den Süden nie erreicht. Wer sein Geld im Ausland in Sicherheit bringt, wie Uli Hoeneß, bleibt ein Volksheld. Deshalb teilen die meisten Bayern auch die Aufregung um Christine Haderthauer nicht. Dass jemand Schwerverbrecher in der Psychiatrie zum Arbeiten bringt, ruft erst einmal Respekt hervor. Wenn dabei auch noch ein schönes Sümmchen für die Haderthauers abfällt, umso besser. Bauernschläue und Bazitum sind in Bayern nichts, wofür man sich schämen müsste.

Weil der Bayer anders denkt und handelt, kommt es regelmäßig zu Fehlannahmen über das, was er als Nächstes tun wird. Jeder Journalist in Berlin hätte vor der letzten Landtagswahl schwören können, dass die CSU nach ihrer Verwandtenaffäre abgewirtschaftet hat. Stattdessen fuhr sie im September 2013 einen großen Wahlsieg ein. Kein Wunder, dass Medienleute für die Bayern nicht viel übrig haben. Niemand wird gern widerlegt, schon gar nicht, wenn er seinen Ruf darauf gründet, schlauer zu sein als die meisten. So gesehen hat das Bayernbashing auch entlastende Funktion: Wenn man den Bayern nicht mit Belehrungen beikommt, kann man ihnen wenigstens in Kommentaren (und Kolumnen) heimleuchten.

An dieser Stelle schreiben drei Kolumnisten im Wechsel. Nächste Woche ist Juli Zeh an der Reihe, danach Jakob Augstein.



Dobrindt